

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionsbüro: Wetzsch, Dresden
Postfach 1000
Telefon 1000

Bezugspreis: Bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 1.80 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto)
Bei einmaliger Auslieferung monatlich 2.00 RM. (einschließlich 10 Pf. für Porto)

Druck: W. Wagner & Sohn, Dresden
Postfach 1000
Telefon 1000

Die Wiener Regierung zurückgetreten

Der Bundespräsident leitet die Neubildung ein

Wien, 6. Mai. In einem um 10,30 Uhr stattgefundenen Ministerrat beschloß die Regierung ihre Demission. Bundeskanzler Buresch erstattete dem Bundespräsidenten Miklas darüber Bericht. Der Bundespräsident wird, wie verlautet, das Kabinett Buresch mit der vorläufigen Fortführung der Geschäfte betrauen und mit den Parteiführern in Besprechungen über die Bildung der neuen Regierung eintreten. Der Verfassungsausschuß, der um 11 Uhr über die bekannten Auflösungsanträge beschließen sollte, wird verschoben, da es nicht möglich ist, das Ausschüsse während einer Regierungskrise tagen.

Zu dem Rücktritt der Regierung Buresch schreibt unser Wiener Korrespondent: Die Ereignisse in Österreich überdauern sich. Unter dem Eindruck der Landtags- und der Wiener Gemeinderatswahlen vom 24. April und des lawinenartigen Anwachsens des Nationalsozialismus auch in Österreich hatten gleich nach dem Zusammentritt des Nationalrats zu seiner Frühjahrsession drei Parteien, die Sozialdemokraten, die Großdeutschen und der Heimatsblock, Anträge auf Auflösung des Bundesparlamentes und Auseraumung von Neuwahlen gestellt. Wenn auch diese Anträge offenbar von verschiedenen tatsächlichen Gesichtspunkten ausgingen und auch verschiedene Tendenzen verfolgten, so war doch der gemeinsame Grundgedanke zweifellos der, daß der jetzige Nationalrat, obwohl erst im November 1930 nach dem Sturz des Kabinetts Schober gewählt, infolge der inzwischen eingetretenen Umkehrung großer Wählermassen, nicht mehr der politischen Präferenzverteilung von heute entspricht und daher nicht über die in so schwieriger Zeit notwendige Autorität verfüge. Gegen den Antrag auf Auflösung sprachen sich aber die Regierung und die beiden Regierungsparteien, die Christlichsozialen und der Landbund. Auf Antrag der Regierungsparteien wurde die Frage dem Verfassungsausschuß des Nationalrats zugewiesen.

Die Situation hat sich nun außerordentlich kritisch dadurch gestaltet, daß die Regierung Buresch II, die nach der gewaltsamen Ausschiffung des Kabinetts Schober und Außenministers Dr. Schober als Minderheitskabinett auf die Regierung Buresch I gefolgt war, für den Fall der Annahme des Auflösungsbeschlusses mit ihrer Demission gedroht und sogar erklärt hat, in diesem Falle die Geschäfte auch nicht provisorisch weiterführen zu wollen. Vergebens hatte Bundeskanzler Dr. Buresch versucht, die Parteien, besonders die Sozialdemokraten, zur Zurückziehung ihrer Auflösungsanträge zu bewegen. Schließlich hat er dem Heimatsblock den Eintritt in sein Kabinett angeboten. Im Verfassungsausschuß gab dann Bundeskanzler Dr. Buresch am Mittwoch die Erklärung ab, daß die Regierung Neuwahlen gegenwärtig für gefährlich halte. „Wir in Österreich“, sagte er, „sehen heute im Rückblick auf die vorderriten Front. Wir dürfen keine Ursache sein, denn sonst droht die ganze Front ins Wanken zu geraten.“

Das Ergebnis war, daß der Verfassungsausschuß mit 12 gegen 11 Stimmen einen christlichsozialen Antrag, dem auch der Landbund und Heimatsblock zustimmte, annahm, den Verfassungsausschuß auf Freitag zu vertagen. Aus dieser Abstimmung des Vertriebers des Heimatsblocks schloß man, daß es Dr. Buresch gelungen ist, den Heimatsblock zu sich herüberzuziehen. Nun hat die Regierung vor der Abstimmung über Auflösung und Neuwahlen ihren Rücktritt erklärt. Buresch will damit Gelegenheit gewinnen, sein Kabinett durch den Eintritt von Vertretern des Heimatsblocks neu zu bilden, also eine leichte Rechtsdrehung vorzunehmen. Die neue Regierung würde dann im Nationalrat eine Mehrheit von sage und schreibe einer Stimme besitzen. Daß das keine Lösung der Krise, sondern nur ein Versuch des Fortwärtelns bedeuten würde, liegt auf der Hand. Aber es scheint, daß die Regierung auch außerordentliche Vollmachten verlangen will, für die im gegenwärtigen Nationalrat kaum eine Mehrheit zu haben sein dürfte. Die Entscheidung über die Auflösung und Neuwahlen ist aber noch nicht gefallen und die Lage bleibt kritisch.

Warmbold zurückgetreten

Berlin, 6. Mai. Amlich wird mitgeteilt: Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat sich infolge von Meinungsverschiedenheiten in wirtschaftspolitischen Fragen verabschiedet, nach Rückkehr des Reichskanzlers um Entbindung von seinem Amte zu bitten. Der Herr Reichspräsident hat diesem Wunsch nach Vortrag des Reichskanzlers Dr. Brüning heute entsprochen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichswirtschaftsministers ist bis auf weiteres Staatssekretär Dr. Trendelenburg beauftragt worden.

Der Reichspräsident hat an den Reichswirtschaftsminister aus Anlaß seines Ausscheidens das nachstehende Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichsminister! Von Ihrem Entschlusse, aus dem Amte des Reichswirtschaftsministers auszuschcheiden, habe ich mit Bedauern Kenntnis genommen. Mit dem Ihnen anliegenden nachstehenden Erlasse habe ich Ihrem Antrag entsprochen und Sie aus Ihrem Amte entlassen. Für die während Ihrer Zugehörigkeit zur Reichsregierung in schwerer Zeit dem Vaterlande geleisteten wertvollen

Dienste spreche ich Ihnen im Namen des Reichs wie eigenen Namens aufrichtigen Dank aus.“

Die Betrauung Trendelenburgs mit der Wahrnehmung der Geschäfte und die Nichtnennung Dr. Goerdeler's scheint unsere Ansicht zu bestätigen, daß Dr. Goerdeler in den Besprechungen mit dem Reichskanzler keine große Neigung gezeigt hat, in das Kabinett Dr. Brüning's einzutreten.

Württemberg's Staatspartei für Reichsregierung

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Mai. Die Verhandlungen über die Bildung der neuen preussischen Regierung sind nach wie vor nicht vom Fleck gekommen. Interessant sind jedoch zur Zeit die Stuttgarter Meldungen über die Bildung der neuen vürttembergischen Regierung. Hier ist nämlich eine Koalition im Begriffe zu entstehen, die möglicherweise auch Rückwirkungen auf die preussischen Verhältnisse haben kann. Sehr zum Ärger der in Berlin durchweg nur links orientierten Kreise der Staatspartei hat sich nämlich offenbar

die Staatspartei in Württemberg entschlossen, eine Koalition mit den Rechtsgruppen abzuschließen und damit Zentrum und marxistische Linke in die Minderheit zu versetzen.

Die Ministerliste in Württemberg scheint bereits festzustehen. Die neue Regierungskoalition wird sich zusammensetzen aus 23 Nationalsozialisten, 9 Bauernblöckern, 3 Deutschnationalen, 3 Abgeordneten des Christlichsozialen Volksdienstes und 4 Staatsparteilern. Diese Parteien ergeben zusammen für die neue Regierung eine Mehrheit von 42 Mandaten bei 80 Landtagsmitgliedern. Die Parole, unter der diese Regierungskoalition sich zusammenschließen hat, ist die einer betonten evangelischen Front, die sowohl das Zentrum und den Marxismus ausschalten will. Die Berliner demokratische Presse, die, wie gesagt, ziemlich weit links orientiert ist, fährt nun gegen diese „Druckwege der Staatspartei“ die größten Geschäfte auf.

Deutsch-polnische Fragen vor dem Völkerbundrat

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Mai. Auf dem Programm der kommenden Tagung des Völkerbundrates stehen eine Anzahl wichtiger Punkte, die Streitfragen zwischen Deutschland und Polen behandeln. Zunächst einmal wird die deutsche Karawelschwerde zur Verhandlung stehen, in der Deutschland den eigenen Einspruch erhebt, daß die Liquidierung deutscher Grundbesitzes in den von Polen eroberten Ostprovinzen, die offiziell eingekauft worden war, auf Umwegen fortgeführt wird. Zu dieser deutschen Beschwerde geleitet sich dann noch eine Klage des Prinzen Pleß, der bekanntlich als Großgrundbesitzer und Großindustrieller im abgetrennten Ostoberschlesien von den Polen schwer beeinträchtigt worden ist. Die Polen ihrerseits haben die deutsche Initiative mit einer Beschwerde wegen angeblich schlechter Behandlung der polnischen Minderheiten in Deutschland beantwortet. Soweit diese Beschwerde sich auch auf Gegenden wie beispielsweise das Ruhrgebiet erstreckt, wo sein Status für internationale Minderheitenbestimmungen besteht, hat die deutsche Regierung schon jetzt diese Beschwerde zurückgewiesen. Den gefamten Vorkäufen, an denen noch eine polnische Zusatzbeschwerde von nicht weniger als 140 Druckseiten angehängt ist, legt man deutscherseits mit Ruhe entgegen, da keine Minderheit der Welt unter so in jeder Beziehung einwandfreien Verhältnissen lebt wie die polnische Minderheit in Deutschland.

Der Reichskanzler selbst fährt nicht nach Genf, da am kommenden Montag bekanntlich der Reichstag zusammentritt. Auch Staatssekretär von Bülow ist zur Zeit in Berlin unabkömmlich. Deutschland wird daher durch den Reichskanzler Graf Helldorf, der selbst gebürtiger Dänemärker ist und die Verhältnisse genau kennt, vertreten sein.

Bombenanschlag auf ägyptische Minister

Kairo, 6. Mai. Als ein Zug, in dem der Ministerpräsident, der Verkehrs- und der Unterrichtsminister, der Vizepräsident der Kammer und zahlreiche andere angesehenen Persönlichkeiten saßen, heute vormittag den Bahnhof Tamsa in der Provinz Cirga-Ahla durchfuhr, explodierte eine Bombe. Zwei Streckenwärter wurden getötet und drei schwer verletzt.

Litauen revidiert seine Memelpolitik

Direktorium Simaitis soll zurücktreten

Kowno, 6. Mai. Wie aus litauischer autoritativer Quelle verlautet, soll nach dem Ausfall der Memelwahlen nunmehr eine Veränderung mit dem Wehrheitspartei gesucht werden. Das Direktorium Simaitis soll nach vorläufigem Eintritt des Memelländers zurücktreten; jedoch stellt man sich auf den Standpunkt, daß der neue Präsident ein memelländischer Litauer sein müsse. Die anderen Mitglieder des neuen Direktoriums sollen den Wehrheitspartei angehören. Eine neue Landtagsauflösung komme nicht in Frage.

Der Rücktritt des Gouverneurs Merkis sei wahrscheinlich.

Als erste offizielle Stellungnahme ist die der „Lietuvos Ribas“ zu werten, die aus dem Wahlergebnis in Memel die Folgerung einer Verhinderung und beiderseitigen Innehaltung des Memelstatus zieht. Gouverneur Merkis ist heute in Kowno eingetroffen. Es finden Kabinettsitzungen und verschiedene Besprechungen im Hause des Landes statt, in denen die künftige Innen- und Außenpolitik Litauens auf Grund des Memeler Wahlergebnisses diskutiert werden soll.

In Memel erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter der Präsident des zur Zeit amtierenden großlitauischen Direktoriums, Simaitis, auf die Frage, welche Forderungen er aus dem Ergebnis der Wahlen ableiten werde, daß er zurücktreten werde, ohne sich dem Landtag zur Vertretung der Frage zu stellen. In welchem Zeitpunkt das geschehe, habe noch nicht fest. Er werde jedenfalls die Geschäfte weiterführen, bis ein neues Direktorium gebildet sei.

Im Falle einer schwachen Mehrheit der Volkspartei und der Landwirtschaftspartei würde er versucht haben, weiter zu regieren.

Da aber die Wehrheitspartei nach seiner Ansicht mit 20 von 29 Mandaten in den neuen Landtag einzutreten werden, so stehe sein Entschlus fest. Schließlich gab Simaitis an, daß ihn das Ergebnis doch außerordentlich überrascht hätte.

In einem Extrablatt stellt das Organ der memelländischen Volkspartei, das „Memeler Dampfboot“, unter anderem fest: Die Wahlen vom 4. Mai sind ein gewaltiges und erhebendes Bekenntnis der Memelländer für die Autonomie des Memelgebietes und für die memelländische Heimat geworden. Der großlitauische, mit Gewalttätigkeiten aller Art und mit einem nicht gekannten Ausmaß an Agitation geführte Generalangriff ist auf allen Fronten siegreich abgewehrt worden. Die litauischen Ideen haben eine große Schlappe erlitten. Die Sozialdemokratie hat für ihre manchmal etwas mündungslose Haltung in der Frage der Autonomie von den Wählern die verdiente Quittung erhalten.

Nachhaltiger Eindruck der Wahlen in London

London, 6. Mai. Die Londoner Presse unterkreuzt den großen Erfolg der deutschen Parteien bei den Memelwahlen, der eine schwere Enttäuschung für die Litauer bedeute. Die „Times“ sagt, die großen Gewinne der Memelländersparteien seien ein klarer Beweis, daß die Opposition gegenüber der litauischen Politik nicht, wie Gouverneur Merkis behauptete, das Werk einer kleinen Gruppe von Deutschen sei.

Der deutsche Wahlsieg besagt die bei der Masse der Bevölkerung tief eingewurzelte Entschlossenheit, keine Verletzung ihrer Selbstbestimmungsrechte zu dulden.

Die Bevölkerung von Memel schreibt die „Morning Post“, hat mit Nachdruck gezeigt, daß sie nicht litauisch werden will. Das ist geschieden, obwohl die litauische Regierung alles getan hat, um einen Erfolg der Deutschen zu verhindern. So seien z. B. mehrere tausend Litauer in den Wahlkampf gemorren worden. Die Schikanen der Litauer hätten die deutsche Bevölkerung veranlaßt, in Mengen an den Wahlurnen zu erscheinen, um ihre Rechte zu verteidigen. Sie hätten damit der litauischen Regierung einen schweren Schlag verleiht.

Professor Dr. Nießer †

Berlin, 6. Mai. Der Geheimrat und frühere Ordentliche Honorarprofessor an der Berliner Universität, Dr. Jacob Nießer, ist heute nacht im 79. Lebensjahr gestorben.

Nießer wurde 1853 in Frankfurt am Main geboren. Zunächst Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, wurde Nießer 1888 Mitglied des Vorstandes der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) in Berlin. Im Jahre 1906 schied er aus der Bank aus und wurde Ordentlicher Honorarprofessor an der Berliner Universität. Er gründete 1909 den Zentralverband des Deutschen Bank- und Finanzgewerbes, dessen ehrenamtlicher Vorsitzender er seitdem gewesen ist. Im Jahre 1909 rief er den Danubianus ins Leben und bekleidete lange Jahre den Vorsitz dieses Bundes.

Politisch ist Nießer erst 1916 hervorgetreten, als er Mitglied des Reichstags wurde. Er gehörte der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und seit 1920 wieder dem Reichstag an, dessen Vizepräsident er vom Mai 1921 bis zu seinem Ausscheiden im Jahre 1928 war. Nießer war Mitglied der volksparteilichen Reichstagsfraktion.

plehaus, Stillecke, mit Musik von E. Rameau, W. W. Goethe, Eisner, Deyck, Crüsius, Schröder, Hellmann, Kollmann, Hellberg, Rainer, Farscht, Kleinsohn, Wöhrer, Kier, Volkmar, Semann, Ziegler, Posse, Marlin, Schaller, Neumann, Geymann, Nidder, Nidder, Ein Volk, Die göttl. Jette, omödie, edy, Christiana, Cocktail, Lustspiel, Vollmeier, Schlegel, Christiana, West, Slezak, Schröder, Brosig, Marx, Flaschner, Groß, Theater, Jech, Mualanten, an J. Witten, der Herr, Bernard, Ordo, Langer, Hoff, in Schiller, Schlegel, Beyer, A. U., Kap, Fleck, Haslmann, Käse, Coleman, Brion, Janda, Wittig, Prager, Kieber, Lange, 11 Uhr, 9:30-11:30, 11:15-1:00, Vorverkauf, Theater, 11:15-1:00, d. 11:15-1:00